

„Misstraut Euren Schulbüchern!“ (Erich Kästner)

Eine kleine Reise zu den „Lernwelten“ unserer Urgroßeltern

Wie unterschiedlich bestimmte Ereignisse im Schulbuch darzustellen sind, lässt sich für die unmittelbare Vorkriegszeit 1914 am Beispiel der alljährlichen Seereise des Kaisers zeigen. Eine bloße Mitteilung, Anfang Juli 1914 habe Wilhelm II. diese Reise trotz des Mordes in Sarajewo angetreten, würde auf friedliche Absichten schließen lassen. In ein anderes Licht würde die Angelegenheit gerückt, wenn zusätzlich Erwähnung fände, dass der Kaiser die Reise nach Absprache mit seinen militärischen und politischen Beratern antrat, weil die Beteiligten hofften, darüber hinwegzutäuschen, dass Vorbereitungen für eine Mobilmachung längst bis ins Detail abgeschlossen waren. Einen weiteren Akzent könnte eine Bemerkung über ein Treffen des Kaisers mit dem Schwerindustriellen und Kanonenkönig Krupp setzen. Der Monarch versicherte diesem, unmittelbar bevor er in Kiel in See stach, hinsichtlich des aktuellen Konflikts, diesmal werde es kein Zurückweichen geben. Daraus ließe sich u. a. auf ein Einverständnis bzw. eine Erwartungshaltung seitens der Großindustrie schließen.

Schulbüchern, die tendenziell inhaltlich verharmlosende Information bieten, ist zu misstrauen. Diese Darstellungsweise ist aber eher die Regel. Deshalb ist der Rat Erich Kästners weiterhin von Bedeutung.

100 Jahre nach Beginn des I. Weltkrieges erscheint es deshalb sinnvoll, häufig verwendete Schulgeschichtsbücher daraufhin durchzusehen, wie in ihnen

dieses Thema behandelt wird und was sie weglassen. Das gilt insbesondere, da auch in Fernsehendungen von Guido Knopp vor einem Millionenpublikum gefordert wird, die Geschichtsbücher müssten mit einer veränderten politischen Zielsetzung etwa im Sinne des Buches von Ch. Clark „Die Schlafwandler“ umgeschrieben werden. Dessen Erfolg verweist – so eine Überschrift in der „Zeit“ – auf die Sehnsucht nicht weniger Menschen: „Erlöse uns von der Kriegsschuld“. Für die Befähigung zur demokratischen Teilhabe geht es im Unterricht jedoch um Rationalität und nicht um die Beruhigung von Emotionen.

Eine Übernahme von Grundpositionen nach dem Muster Ch. Clarks würde für Schulbücher und Unterrichtspraxis tendenziell bedeuten, Fragen nach gesellschaftlichen Strukturen und Ursachen, nach wirtschaftlichen Interessen und Entwicklungen, nach kulturellen und ideologischen Prägungen – wenn überhaupt, dann – erst nachgeordnet zu beachten. Für Förderung und Entwicklung der Orientierungskompetenz der Lernenden und ihrer politischen Urteilsfähigkeit bleibt es im Unterricht jedoch unerlässlich, auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure und Interessengruppen zu achten sowie deren Interessen, Rollen, Absichten und Handlungsoptionen zu vergleichen. Den Blick auf Einzelpersonen und deren Motive, Ängste, und Interessen zu richten, wie Ch. Clark es postuliert (S. 712 f.), sowie der Offenheit von Ent-

scheidungsprozessen und Zufällen nachzuspüren, ist ebenfalls sinnvoll. Hier kommt es jedoch auf eine angemessene – d. h. auf Quellen und Forschung – gestützte Gewichtung an.

Imperialistische Politik und Krieg

Soweit es um den aggressiven Imperialismus aller Großmächte und dessen Grausamkeit geht, sind die Darstellungen in den Schulbüchern durchaus akzeptabel. Allerdings thematisieren sie kaum die neue Qualität der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches, die sich 1914 nicht mehr allein gegen Kolonialvölker, sondern auch gegen europäische Rivalen richtete. In vielen Schulgeschichtsbüchern wird zudem unterlassen, bestimmte Elemente zumindest zu erwähnen, die bei der Behandlung des Imperialismus durchaus kritisch herausgearbeitet wurden. Es wird nicht geprüft, wie diese sich beim Ausbruch und während des Krieges auswirkten. Welchen Einfluss übten Propagandaorganisationen wie der Alldeutsche Verband auf Kriegsbereitschaft und Kriegsziele aus? Welche räuberischen, blutigen Folgen hatte das harm-



Propaganda des „Alldeutschen Verbandes“ zur Aneignung Belgiens

los klingende Reden vom „Stück vom Kuchen“ und vom „Platz an der Sonne“, die Deutschland zustünden, auf Friedensbemühungen? Solche Fragen werden selten gestellt.

Sinnvoll wäre generell, die weitgesteckten Kriegszielplänen Deutschlands und anderer Großmächte während des Ersten Weltkrieges deutlicher „als Höhepunkt imperialistischer Bestrebungen“ ins Blickfeld zu rücken – so der Historiker Wolfgang J. Mommsen.

W. J. Mommsen, Der europäische Imperialismus, Göttingen 1979, S. 161 Eine solche Sicht zumindest zu diskutieren, wäre geboten und problemlos möglich. Letzteres zeigen einzelne Schulbücher. Im Unterricht sollte zudem z. B. nicht nur die Tatsache erwähnt werden, dass selbst die Sozialdemokratie am 4. August 1914 im Reichstag für die Kriegskredite stimmte. Zwei Sätze aus der bei diesem Anlass gehaltenen Rede des SPD-Vorsitzenden H. Haase würden die Perspektive erweitern. Dieser hob ausdrücklich hervor, der Krieg gehöre zu den „Folgen der imperialistischen Politik“. Seine

Partei verurteile „jeden Eroberungskrieg.“ Analog hatte auch die Hamburger SPD noch am 28. Juli 1914 in Flugblättern und Resolutionen erklärt, der drohende „Weltkrieg“ sei „durch die den großkapitalistischen Interessen entsprechende imperialistische Politik der Großmächte“ entstanden. In diesem Zusammenhang fällt zudem auf, dass bei dem für den Krieg fundamentalen „Schlieffen-Plan“ lediglich militärische Absichten Erwähnung finden. Der ehemalige Generalstabschef hat aber 1912 in einer besonderen Stellungnahme unmissverständlich formuliert, eigentlich ginge es darum, „dass Deutschland noch einmal die für sein wirtschaftliches Gedeihen notwendige Machtstellung wiedergewinnt ... Ohne Krieg wird dies schwer möglich sein.“ (Vgl. Gerhard Ritter, Der Schlieffenplan, München 1956, S. 184 ff.)

Presse, Propaganda, Manipulation

Es ist jedem Historiker unbenommen, in seinen Werken, im Hinblick auf den Weltkrieg statt langfristige Entwicklungen hervorzuheben und den „Druck ...

von Presse, öffentlicher Meinung oder auch von Industrie- und Finanzlobbygruppen“ zu analysieren, ausführlicher „kurzfristige Neuausrichtungen“ bei verantwortlichen Politikern infolge von Einflüssen aus dem individuellen Umfeld und der eigenen sozialen Gruppe zu behandeln. Dies propagiert u. a. Ch. Clark. In Schulbüchern über den Weltkrieg müssten der „Druck der Presse“ sowie Bedeutung und Manipulation der „öffentliche Meinung“ allerdings behandelt werden. Dies geschieht jedoch nicht. Den Schülern werden entsprechende Hinweise vorenthalten. In den meisten Schulbüchern wird auf die gezielte Lügenpropaganda, die sog. „Tartarenmeldungen“ Anfang August 1914 – wenn überhaupt – nur allgemein hingewiesen. Gezielt verbreitete Lügen riefen die Überzeugung hervor, Deutschland würde ohne Kriegserklärungen auf die hinterhältigste Art und Weise angegriffen. Über diese erfolgreichste Propagandaaktion des Weltkrieges erfahren die Schüler nichts. Stattdessen wird z. B. unter dem Stichwort „Propaganda“ Plakaten für Kriegsanleihen



Propagandamaterial des „Alldeutschen Verbandes“

viel Platz eingeräumt. (Vgl. zu den Inhalten der Lügenkampagne hLz, 5-6/2014, S. 54 und hLz 7-8/2014, S. 58 ff.) Solche Informationen würden aber zumindest teilweise erklären, warum die „Menschen glaubten, sie würden für eine gerechte Sache“ in den Krieg ziehen.

„Blankoscheck“ oder „so genannter Blankoscheck“?

Problematisch in den Schulbüchern ist zudem das Reden von einem Blankoscheck, den der deutsche Kaiser dem verbündeten Österreich-Ungarn nach dem Attentat von Sarajewo für ein Vorgehen gegen Serbien ausgestellt habe. Danach wäre es allein die Entscheidung Österreichs gewesen, ob und wie es reagieren würde. Nur in wenigen Schulbüchern wird erwähnt, dass es sich lediglich um einen „so genannten Blankoscheck“ handelte, denn „führende politische und militärische Kreise in Berlin (einschließlich Kaiser Wilhelms) drängten auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts.“

Der österreichisch-ungarische Ministerrat insgesamt deutete den Druck aus Deutschland als Hinweis, ein Zögern beim Vorgehen gegen Serbien würde in Deutschland zu einem Abrücken von Österreich-Ungarn, zu einer neuen bündnispolitischen Orientierung führen. In diesem Zusammenhang fehlt auch ein Hinweis, der deutlich macht, welche unterschiedlichen Ziele mit der Absicht einer „Lokalisierung des Konflikts“ auf dem Balkan, d. h. eines Kriegs allein mit Serbien verfolgt wurden. Österreich wollte den serbischen Störenfried „für immer unschädlich [...] machen.“ Der deutschen Diplomatie ging es zusätzlich darum, das Bündnis Serbien-Russland-Frankreich auf die Probe zu stellen und – sei es selbst durch einen europäischen Krieg – für die Zukunft entscheidend zu schwächen

Kriegsziele oder „Sicherung des Reiches“?

Kriegsziele der deutschen Regierung oder von Interessengruppen kommen in der Mehrzahl der untersuchten neueren Schulgeschichtsbücher überhaupt nicht vor. Ansätze wie der von Ch. Clark, Aktivitäten von „Industrie- und Finanzlobbygruppen“ nur nachrangig zu analysieren, wurden hier vorweggenommen und auf die Spitze getrieben.

In den Verlagen waren dafür wohl kaum wissenschaftliche Überlegungen ausschlaggebend. Geschäftsschädigende Kontroversen sollten vermieden werden. Hier gilt es, jene Verlage zu unterstützen, die verantwortlich handeln. Der Grund für das Weglassen der Kriegszielproblematik in den meisten Schulgeschichtsbüchern ist jedenfalls nicht Platzmangel oder eine Komplexität des Problems. Dies zeigen beispielhaft zwei Werke für die Sekundarstufe I: Entdecken und Verstehen 2, Arbeitsbuch für Geschichte und Politik in Hamburg, Berlin 2005 (Corneyhlsen), S. 177 u. S. 186 und: Die Reise in die Vergangenheit 8. Mecklenburg-Vorpommern Hg. von H. Ebeling u. W. Birkenfeld, Braunschweig 2010 (Westermann), S. 165, u. S. 172.

In ihnen werden knapp aber klar wichtige Ziele aufgelistet und deren Umsetzung beim sog. „Siegfrieden“ von Brest-Litowsk beschrieben: Die von Russland abgetretenen Gebiete „sollten Deutschland mit Rohstoffen und Getreide beliefern“ (Entdecken, S. 186). Auch der Umfang der Verluste für das Zarenreich wird erwähnt: „90 Prozent der Kohlegruben, 54 Prozent der Industrie, 33 Prozent der Eisenbahnen, 32 Prozent der Ackerfläche und 34 Prozent der Bevölkerung“ (Reise, S. 172). Eine differenzierende, akzeptable Darstellung auch der wissenschaftlichen Kontroversen über die Kriegszieldiskussion ist im Buch für die gym-

nasiale Oberstufe „Horizonte II“ des Westermann Verlags, (S. 237 ff) zu finden. Es erwähnt Eroberungsabsichten als Hindernis für Friedensbemühungen sowie Unterschiede zwischen Annexionisten und jenen „Wirtschaftskreisen“, die eine „indirekte Beherrschung des Kontinents“ anstrebten. Außerdem wird u. a. das vorläufige Kriegszielprogramm des Reichskanzlers von September 1914 abgedruckt – allerdings ohne das Anschreiben, aus dem hervorgeht, dass über dessen wirtschaftliche Zielsetzungen bereits „kurz nach Ausbruch des Krieges“ einvernehmlich gesprochen wurde.

Mehrere Schulbücher enthalten in diesem Zusammenhang eine Karte, in der sogenannte „Unabhängigkeitserklärungen“ Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und der Ukraine vermerkt sind. Den Schülern wird aber nicht mitgeteilt, dass diese Erklärungen lediglich den genau geplanten und „frisierten“ Übergang aus dem Status einer zaristischen Provinz in den Herrschaftsbereich Deutschlands bedeuteten. Ähnlich verhält es sich mit der Darstellung in einzelnen Werken, in denen als deutsches Kriegsziel die „Sicherung nach Ost und West“ angegeben wird. Das klingt harmlos, täuscht jedoch über die wahren Absichten. Mit dem Ziel einer „Sicherung“ verbanden entscheidende Politiker und Publizisten explizit die Forderung nach Gebietsabtretungen und Schwächung zunächst Frankreichs, Russlands, Belgiens sowie einem Raub von Kolonialgebieten. Wörtlich genommen ist ein Weglassen solcher Informationen nicht das u. a. von G. Knopp und seinen Gesinnungsgenossen geforderte „Umschreiben“ der Schulgeschichtsbücher. Tröstlich ist das nicht; denn für die Lernenden läuft dieses Verfahren auf das gleiche Ergebnis hinaus.

JÖRG BERLIN